



Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Sofortiger Abschiebestopp nach Syrien

Drucksache 17/ 1511

Der Landtag wolle beschließen:

Im oben genannten Antrag werden folgende Punkte angefügt:

- Die Landesregierung wird aufgefordert, eine wirksame Bleiberechtsregelung für die von einer Abschiebung nach Syrien bedrohten Menschen zu finden.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, sich über eine Bundesratsinitiative für die Aufkündigung des Rückübernahmeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Syrien einzusetzen.

Begründung:

Neben den Punkten, die im oben genannten Antrag zur Begründung genannt werden, ist auch das Folgende zu berücksichtigen:

Von den 133 ausreisepflichtigen Menschen, leben 100 bereits seit über 6 Jahren in Deutschland. Menschen, die auf unbestimmte Zeit in Schleswig-Holstein ein Zuhause finden, muss die Möglichkeit eröffnet werden, sich in diesem Land ein würdiges Leben aufzubauen. Ausbildung, Arbeit und eine Perspektive für die Zukunft sind dafür nötige Voraussetzungen. Eine wirksame Bleiberechtsregelung setzt den Grundstein dafür.

Das Rückübernahmeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Syrien ist seit Beginn des Jahres 2009 in Kraft. Bundesweit sind für dieses Jahr bislang bereits über 160 Menschen zur Abschiebung nach Syrien angemeldet. Gleichzeitig werden Sanktionen gegen den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad und neun weitere Regierungsmitglieder verhängt. Dieser Doppelmoral muss Einhalt geboten werden. Schleswig-Holstein sollte sich über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass das Rückübernahmeabkommen mit Syrien aufgekündigt wird.

Heinz-Werner Jezewski
und Fraktion